



Pressegespräch, Mittwoch, 7. November 2018

AK Zukunftsprogramm und Gesundheitssystem in Gefahr

TEILNEHMER:

Günther Goach, AK-Präsident

Winfried Haider, AK-Direktor

Klagenfurt, 7. November 2018

Goach zu SV-Reform: „Bedeutet Zerschlagung eines gut funktionierenden Gesundheitssystems“

(AK) – Voraussichtlich bis Jahresende soll im Parlament eine Strukturreform zu den Sozialversicherungen durchgewunken werden. „Die Zwangsfusion der neun Gebietskrankenkassen bedroht die Versorgung vor Ort und kostet der regionalen Wirtschaft Aufträge“, so AK-Präsident Günther Goach und betont: „Wir fordern die Rückkehr an den Verhandlungstisch, um eine Drei-Klassen-Medizin zu verhindern und statt eines Millionengrabes eine gesunde Reform für Menschen zu schaffen!“

Die Struktur und Selbstverwaltung eines gut funktionierenden Gesundheitssystems soll mittels neuen Gesetzes zerschlagen werden. Die derzeit geplante Gesetzesvorlage hat weitreichende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung der Beschäftigten. „Getrommelt wird von Seiten der schwarz-blauen Regierung die Einsparung einer Milliarde Euro. Eine Utopie!“, so Goach der vorrechnet: „Derzeitige Schätzungen gehen von 1,1 Milliarden Euro für Zusatzkosten durch gesetzliche Bestimmungen aus, 500 Millionen Euro an Fusionskosten und nochmal 500 Millionen Euro für einen bundesweiten Gesamtvertrag, wohl gemerkt ohne bessere Leistungen für Versicherte. Also ein 2,1-Milliarden-Grab.“

Achtung: Drei-Klassen-Medizin

Obwohl alle gleiche Beiträge bezahlen, verfestigt die Reform die Leistungsunterschiede zwischen Beamten, Selbständigen auf der einen und ASVG-Versicherten auf der anderen Seite. Mit der österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) wird eine zentrale Einheitskasse für sieben Millionen Versicherte samt Angehörigen geschaffen, welche die regionale Versorgung und die Versichertennähe gefährdet. Zu schweigen vom geplanten Personalabbau von ca. 30 Prozent in zehn Jahren, was zu einer Serviceverschlechterung führen könnte.

Reform für Elite

Arbeitgeber sind nicht in der neuen ÖGK versichert. Was heißt das nun? Sie bekommen durch die Reform die Hälfte der Stimmen im neuen System und damit enorme Macht. Niedrigere Arbeitgeber-Beiträge, Leistungskürzungen, Selbstbehalte und Privatisierung wären die Folge. „Das ist allein schon verfassungsrechtlich bedenklich“, so Goach und betont: „Weniger Leistungen, weniger Ärzte, weniger Therapieplätze aber dafür längere Wartezeiten und Selbstbehalte. Für die Krankenkasse der Selbständigen, wo die Unternehmer versichert sind, ändert sich nichts. Das ist nicht gerecht!“

Zentralisierung botet Kärntner Wirtschaft aus

Künftig würden alle Entscheidungen in der ÖGK-Zentrale statt wie bisher in den Ländern fallen. Damit wäre die regionale Versorgung in Gefahr. Weniger Landärzte und geschlossene Regionalstellen wären die Folge und auch Aufträge für die regionale Wirtschaft fallen weg. In Kärnten geht man von einem Verlust von 25 Millionen Euro aus. „Auftragssummen wären österreichweit so hoch, dass man sie EU-weit ausschreiben muss und internationale Konzerne würden vom Gesundheitssystem in Österreich profitieren“, gibt Goach zu bedenken. Und bei all den negativen Beispielen, die die Reform bringen würde, kommt hinzu, dass selbst der Rechnungshof Zweifel an den Einsparungskosten durch die geplante Reform äußert. Rechnungshof-Chefin Margit Kraker spricht bei der Kassenreform von einem unseriösen Spiel mit Zahlen. Ihre Experten können nicht erkennen, dass sich Verwaltungskosten um zehn Prozent reduzieren können.

Sozialrechtliche Standards in Gefahr

Scharf kritisiert der AK-Präsident den Wegfall eines gut funktionierenden Kontrollinstruments für sozialrechtliche Standards: „Bisher haben die Sozialversicherungen im Rahmen von Betriebsprüfungen überprüft, ob Arbeitnehmer im richtigen Kollektivvertrag eingestuft und rechtmäßig bezahlt wurden - die Zukunft dieses Kontrollmechanismus für die rechtmäßige Entlohnung von Arbeitnehmern ist ungewiss.“ Dadurch drohen erhebliche Einnahmeverluste und auch individuelle Leistungskürzungen, da Pensionen, Krankengeld, etc. von korrekt erhobenen Beitragsgrundlagen abhängen.

„Zurück an den Verhandlungstisch“

Goach abschließend: „Die AK fordert in der morgigen Vollversammlung in einer Resolution die Bundesregierung zu einer Rückkehr an den Verhandlungstisch auf, um ernsthafte Verhandlungen über den Inhalt der Reform mit Arbeitnehmervertretern zu führen!“ Es müsse eine Leistungsharmonisierung zwischen Beamten, Selbständigen und ASVG-Versicherten kommen, statt einer 3-Klassen-Medizin.

Kürzungen beim AMS-Budget

Aber nicht nur bei den Sozialversicherungen läuten für Goach die Alarmglocken. Die Bundesregierung setzt auch beim AMS den Sparstift an. Das AMS in Kärnten erhält für 2019 rund 8,3 Millionen Euro weniger Budget. „Wir haben einen enormen Fachkräftemangel. Eine Budgetkürzung ist der falsche Weg. Vor allem junge Menschen müssen gefördert werden, um den Arbeitsmarkt zu stärken“, so Goach. Der AK-Präsident erneuert außerdem die Kritik an der Bundesregierung zur eingestellten Aktion 20.000: „Die Abschaffung dieser Aktion bleibt ein herber Rückschlag für die Langzeitbeschäftigungslosen in Kärnten.“

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Arbeiterkammer Kärnten | 9021 Klagenfurt am Wörthersee | Bahnhofplatz 3
Tel. 050 477- 2402 | oeffentlichkeitsarbeit@akktn.at | kaernten.arbeiterkammer.at

Klagenfurt, 7. November 2018

AK-Zukunftsprogramm - Goach: „Wir wollen Arbeitnehmer entlasten und zukunftsfit machen!“

(AK) – Die AK Kärnten plant für die kommenden fünf Jahre, jährlich 1,7 Millionen Euro in Maßnahmen zu investieren, die den Beschäftigten helfen, die Digitalisierung bestmöglich zu meistern. „Im Rahmen unserer Digitalisierungsoffensive sind bereits konkrete Projekte ausgearbeitet. Aber die Kammerumlage muss von Seiten der Regierung unangetastet bleiben, nur so können wir unseren Mitgliedern dieses Service ermöglichen“, betont AK-Präsident Günther Goach. Die AK setzt im Rahmen ihres Zukunftsprogrammes außerdem auf Bildung, Wohnen und das Thema Pflege.

Die AK Kärnten wird von 2019 bis 2023 ein Zukunftsprogramm für Digitalisierung und Arbeit 4.0 gestalten. 1,7 Millionen Euro jährlich will die AK dazu in Maßnahmen investieren, die den Beschäftigten helfen, die Digitalisierung bestmöglich zu meistern. Eigens entwickelte Qualifizierungs- und Projektfonds sollen umfassende Unterstützung bieten. „Es geht uns darum, den Menschen digitale Grundkenntnisse zu vermitteln und oder Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten, um in der Arbeitswelt bestehen zu können“, so Goach. Er betont jedoch: „Das Credo lautet, dass wir unseren Mitgliedern mehr und umfassendere Leistungen für das gleiche Geld zur Verfügung stellen wollen. Eine Kürzung der Kammerumlage würde die Umsetzung dieser zukunftsweisenden Projekte nicht möglich machen.“

Projekte in Startlöchern

Goach verweist auf konkrete Maßnahmen, die die AK im Rahmen der Digitalisierungsoffensive und dem Projekt Arbeit 4.0 plant. „Zusammen mit unseren Erwachsenenbildungseinrichtungen VHS und BFI planen wir unter anderem, digitale Lernplattformen zu schaffen, die es Arbeitnehmern von zu Hause aus ermöglichen, sich für den beruflichen wie auch privaten Bereich kostenlos fortzubilden. Zudem ist angedacht, in der gps-Lehrwerkstätte in Villach berufsspezifische technische Fortbildungen kostenlos anzubieten.“ Aber auch im Bereich von Arbeit 4.0 sind spezifische Projekte geplant. Im nächsten Jahr wird, in Kooperation mit der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, genau gesagt dem Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, ein Digitalisierungskongress veranstaltet. Internationale Experten, Wissenschaftler und Vertreter aus Wirtschaft sowie Betriebsräte widmen sich den Themen Arbeitsgestaltung, lernförderliche Bedingungen und Mitbestimmung in Digitalisierungs-Zusammenhängen. Ergebnisse daraus fließen in Weiterbildungsangebote, die von der AK gefördert werden, in KV-Regelungen oder Gesetzesinitiativen.

Gratis Fortbildung für Pflegebedienstete

Schon jetzt ist die AK für die Registrierung der Gesundheitsberufe zuständig. Mehr als 1.300 Personen wurden in Kärnten bis dato registriert. Den Bediensteten dieser Berufssparte wird die AK im Rahmen der Zukunftsoffensive insgesamt 120 kostenlose Fortbildungskurse anbieten. Gestartet wird im Februar, absolvieren kann man die Kurse über VHS und BFI.

Mehr Miet- und Wohnrechtsberatung

Allein 10.000 Anfragen jährlich fallen in Kärnten auf den Wohnbereich. Geplant ist im Rahmen der Zukunftsoffensive, eine ausgeweitete Miet- und Wohnrechtsberatung. „Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen. Den steigenden Miet- und Wohnkosten wollen wir mit ausgeweiteter Beratung und Interessenvertretung entgegenwirken, damit Menschen zu ihrem Recht kommen!“, so Goach weiter.

Bildungsangebot ausbauen

Mit „Wie weiter?“ wird außerdem ein neues Projekt im Bildungsbereich der AK gestartet. Ein Bildungslotse wird Eltern und deren Kinder dabei unterstützen, nach dem Pflichtschulabschluss die Berufs- oder Ausbildungswahl zu vereinfachen.

Bedingung: Keine Mittelkürzung

„All diese Vorhaben können in den kommenden fünf Jahren aber nur dann verwirklicht werden, wenn unsere finanziellen Mittel – in Form der Kammerumlage – erhalten bleiben. Ein Angriff der Bundesregierung, durch eine gesetzliche Senkung der Kammerumlage, wäre auch ein Angriff auf die Rechte der Beschäftigten. Denn schon jetzt gilt: Unsere Mitglieder können sich darauf verlassen, in allen Fragen rund um die Arbeitswelt jegliche Unterstützung von der Arbeiterkammer zu bekommen. Und das muss auch in Zukunft so bleiben!“, hebt Goach abschließend hervor.

Klagenfurt, 7. November 2018

Haushaltsvoranschlag der AK für 2019: Schwerpunkt auf Digitalisierungsoffensive

(AK) – In der morgigen Vollversammlung der Arbeiterkammer Kärnten wird das Budget der AK Kärnten für das Haushaltsjahr 2019 dem Plenum zum Beschluss vorgelegt. Die geplanten Erträge sowie Aufwendungen werden rund 28 Millionen Euro betragen. Davon werden rund 80 Prozent direkt in Serviceleistungen für Kärntner Arbeitnehmer fließen.

Der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2019 sieht bei den Erträgen und Aufwendungen 28 Millionen Euro vor. „Aus der Kammerumlage erwarten wir 94,9 Prozent der Einnahmen. Das sind um sechs Prozent mehr als im Vergleich zum Jahr 2018“, erklärt AK-Direktor Winfried Haider mit dem Nachsatz: „Das zeigt, dass mehr Menschen in Beschäftigung sind.“

Rund 80 Prozent der Erträge werden für die Serviceleistungen für AK-Mitglieder aufgewendet. Den Schwerpunkt für das kommende Jahr setzt die Arbeiterkammer Kärnten auf die Digitalisierungsoffensive. „Aus dem vorhandenen Budget heraus ist es uns gelungen, 1,7 Millionen Euro für die Digitalisierungsoffensive im Rahmen des AK-Zukunftsprogrammes rückzustellen. Dies ist durch Einsparungen im Bereich der Bildung (AK-Bildungsgutschein), beim Personal und bei den Bauaktivitäten möglich und weil es Mehreinnahmen aus der Kammerumlage geben wird.“